

Dr. Karsten Rudolph (SPD): Um eines gleich klarzustellen, Herr Innenminister: Das mit der Steinzeit war ich nicht. Das ist die Beurteilung eines Funktionärs der CDA. Ich war in meiner Wortwahl nicht so rabulistisch, wie Sie meinen.

(Minister Dr. Ingo Wolf: Sie haben es sich aber zu eigen gemacht!)

- Nein, das mache ich mir auch nicht zu eigen. Ich stelle nur fest, wie Ihre Politik von Kolleginnen und Kollegen in diesem Landtag aufgenommen wird, die versuchen, auch Arbeitnehmerinteressen zu vertreten, und da sollten Sie besser nicht über die Dinge hinwegreden.

Der entscheidende Punkt ist nicht die Auseinandersetzung, die wir mit Ihnen, Herr Wolf, führen, sondern der entscheidende Punkt ist, wie sich der Ministerpräsident dieses Landes in dieser Auseinandersetzung verhält. Das ist es mir wert, die Rolle des Ministerpräsidenten zu betrachten.

Der Ministerpräsident ist ebenfalls CDA-Mitglied und steht an der Spitze des Kabinetts. Ein bisschen geht in dieser Diskussion seine Rolle als Sozialschauspieler in diesem Drama unter. Von daher möchte ich sie noch einmal beleuchten. Wir haben in den letzten 22 Monaten, auf die Sie so gerne abheben, diesen Ministerpräsidenten in ganz verschiedenen Rollen bewundert. Er hat in diesen 22 Monaten den Rollenwechsel geradezu zum Prinzip erhoben. Einmal gibt er das soziale Gewissen der CDU, aber leider nur auf Bundesparteitagen und nicht in der Wirklichkeit. Dann verkauft er sich als selbst ernannter Arbeiterführer. Dann versucht er - dazu ist er sich nicht zu schade -, in

die viel zu großen Kleider von Johannes Rau zu steigen.

(Zurufe von der CDU)

Wenn es allerdings wie in dieser Frage, die wir heute besprechen, konkret darum geht, für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer etwas zu tun, sich für ihre Interessen einzusetzen, dann verschwindet dieser Schauspieler Rüttgers von der Bühne, geht in die Kulissen und schaut von dort aus dem massiven Abbau von Mitbestimmungsrechten zu; nein, er schaut ihm nicht nur zu. Ich unterstelle ihm, er dirigiert ihn auch,

(Beifall von der SPD)

denn ein Ministerpräsident, der - wenn schon die Kleider von Johannes Rau zu groß sind - behauptet, sich wenigstens in die Tradition von Karl Arnold zu stellen, würde nicht zulassen, dass Nordrhein-Westfalen als soziales Gewissen der Bundesrepublik mitbestimmungspolitisch auf ein Niveau der 70er-Jahre zurücksinkt. Das ist der Punkt, und der wird zu betrachten sein.

Nun gebe ich Ihnen noch einmal einen anderen Hinweis. In der Anhörung zum Polizeiorganisationsgesetz hat der von mir durchaus geschätzte Kollege Kruse an die anwesenden Sachverständigen und Gewerkschafter folgende geradezu verzweifelte Frage gestellt: Meine Herren, können Sie uns einen Rat geben, wie es uns als Landesregierung gelingen kann, die Beschäftigten in Zukunft bei Reformprozessen besser mitzunehmen? - Diese Frage ist ja richtig. Sie zeigt im Übrigen die Qualität Ihrer angeblichen Dialoge, die Sie mit den Gewerkschaften führen, denn von denen erzählen die nie etwas. Diese Frage wurde von dem Vorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft,

der nicht in der Arbeitsgemeinschaft für sozialdemokratische Arbeitnehmer und nicht in der SPD, sondern in der CDA und inzwischen, ohne Ihnen zu nahe treten zu wollen, leidlich bekennendes CDU-Mitglied ist, mit den Worten beantwortet: Mein erster Rat ist: Tun Sie doch bitte wenigstens so, als würden Sie sich für die Belange der Beschäftigten in der Landesverwaltung interessieren.

Eine solche Kritik eines eingeschriebenen CDU- und CDA-Mitglieds müsste Ihnen auf den Bänken der CDU doch inzwischen zu denken geben.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Dann würden Sie auch merken, wieweit Sie sich inzwischen von einer Volkspartei verabschiedet haben, die nicht die Interessen der neoliberalen FDP und des Wirtschaftsflügels aufnimmt, sondern die die Interessen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen im Auge hat. - Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Rudolph. - Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Kollegin Düker das Wort.